



## **Newsletter der Rechtsanwaltskammer München**

**Ausgabe Nr. 9/2006, Oktober 2006**

---

### **Inhaltsverzeichnis**

- [7. Auflage der Textsammlung "Berufsrecht der Anwaltschaft"](#)
- [Präsentation des Buches "Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933"](#)
- [Auswärtige Sitzung des Kammervorstandes in Landshut am 20.10.2006](#)
- [Fortbildungszertifikat](#)
- [Realteilung von Anwaltssozietäten](#)
- [Datenschutzrecht – Kammern gegen staatliche Kontrolle](#)
- [Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz](#)
- [GmbH-Reform \(MoMiG\)](#)
- [Muster für USt-Erklärung 2006 und USt-Anmeldung 2007](#)
- [Anwaltsdichte](#)
- [Merksätze zur Umsatzsteuererhöhung](#)
- [RDG- Stellungnahme des Bundesrates](#)
- [Rundfunkgebühren für internetfähige PC](#)
- [Reform des Versicherungsvertragesrechtes](#)
- [Jahressteuergesetz 2007](#)
- [Ausbildungsplatzabgabe](#)

---

### **7. Auflage der Textsammlung "Berufsrecht der Anwaltschaft"**

Die 7. Auflage der Textsammlung "Berufsrecht der Anwaltschaft" (Hrsg. Dr. Wieland Horn) ist neu erschienen. Dabei wurden insbesondere die Änderungen der BORA sowie der FAO eingearbeitet. Die Ausgaben liegen zur kostenlosen Abholung in der Kammer bereit.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

**Präsentation des Buches "Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in**

## **Bayern nach 1933"**

Die Rechtsanwaltskammer München und die Rechtsanwaltskammern Nürnberg, Bamberg und Zweibrücken sowie das Bayerische Staatsministerium der Justiz haben gemeinsam ein Buch über das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933 herausgegeben. Autor des Buches ist der Historiker und Archivoberrat a.D. Dr. Reinhard Weber. Es handelt sich um eine Dokumentation über den Leidensweg der 460 jüdischen Rechtsanwälte und ihrer Familien, die 1933 in Bayern lebten. Die Stellung und das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte im Nationalsozialismus wird für Bayern erstmals systematisch aufgearbeitet. Die Opfer von Berufsverbot, „Schutzhaft“, erzwungenem Exil, Deportation und anderen Willkürmaßnahmen erhalten einen Namen und ein Gesicht.

Das im Oldenbourg-Verlag erschienene Buch wurde am 25. Oktober 2006 in einer Festveranstaltung im Max-Joseph-Saal der Residenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Die [Bayerische Staatsministerin der Justiz](#), Frau Dr. Merk, und der [Präsident der Rechtsanwaltskammer München](#), Herr Hansjörg Staehle, hoben in ihren einführenden Worten hervor, dass die Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung jüdischer Rechtsanwälte ein großer Verlust für die Rechtsentwicklung und die Rechtspflege gewesen sei.

Frau [Charlotte Knobloch](#), die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland sprach bewegende Worte aus ihrer persönlichen Erinnerung als Tochter eines verfolgten jüdischen Rechtsanwalts in München. Unter den Teilnehmern an der Veranstaltung war auch eine Reihe von Angehörigen der betroffenen Rechtsanwälte sowie Advocat Joel Levi als Vertreter der Israel Bar Association.

Die Buchpräsentation endete mit einer Lesung aus Zeitdokumenten. Zu den verbindenden Worten des Autors lasen die bekannten Schauspieler Nina Kunzendorf und August Zirner Texte aus offiziellen Verlautbarungen der Nationalsozialisten und aus Originalbriefen betroffener Anwälte oder ihrer Angehörigen.

Einen ausführlichen Bericht finden Sie im nächsten Mitteilungsblatt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

## **Auswärtige Sitzung des Kammervorstandes in Landshut am 20.10.2006**

Es entspricht einer langjährigen Tradition, dass der Vorstand der Rechtsanwaltskammer München einmal im Jahr auf Einladung eines Anwaltsvereins eine auswärtige Sitzung in einem der zehn Landgerichtsbezirke durchführt, die zum Bezirk der Rechtsanwaltskammer gehören. Ziel ist es insbesondere, den Kolleginnen und Kollegen die Arbeit der Kammer nahe zu bringen.

Auf Einladung des Anwaltsvereins fand am 20.10.2006 die diesjährige auswärtige Sitzung des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer München in Landshut statt. Eingeladen waren alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Landgerichtsbezirk Landshut.

Themen waren insbesondere die neue BRAK-Online Fortbildung sowie das BRAK-Fortbildungszertifikat. Im Anschluss an die Vorstandssitzung konnten die Kollegen an öffentlichen Sitzungen der Abteilungen für Berufs- und Gebührenrecht teilnehmen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

## **Fortbildungszertifikat**

Bereits im letzten Newsletter haben wir über das neue Fortbildungszertifikat der BRAK berichtet.

Das Fortbildungszertifikat bestätigt dem Anwalt, dass er im Laufe der letzten drei Jahre 360 Fortbildungspunkte nachgewiesen hat. Wie sich die einzelnen Fortbildungspunkte errechnen, finden Sie in den allgemeinen Informationen sowie den FAQ's. Das Zertifikat kann als Marketinginstrument verwendet werden, denn der Lizenzvertrag gestattet es dem Inhaber, die Wort-Bildmarke "Qualität durch Fortbildung" im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit zu nutzen.

Die Anträge sind direkt an die [BRAK](#) zu richten. Zuständige Ansprechperson dort ist Frau Kollegin Detlevsen.

- [Allgemeine Informationen](#)
- [FAQ's](#)
- [Merkblatt zur Antragsstellung](#)
- [Antrag](#)
- [Nachweistabelle](#)



[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

## **Realteilung von Anwaltssozietäten**

Die 109. Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer in Münster hat sich am 15.09.2006 mit den steuerlichen Problemen bei der Realteilung von Anwaltssozietäten beschäftigt. Die Rechtslage hat sich aufgrund eines Schreibens der Finanzverwaltung vom 28.02.2006 (BStBl 2006 I 228) für die Anwaltschaft erheblich verschlechtert. Die ertragssteuerrechtlich neutrale Realteilung bei dem Zerfall von Sozietäten soll nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Rechtsanwalt Dr. Klaus Otto referierte in diesem Zusammenhang als Vorsitzender des Ausschusses Steuerrecht der BRAK und Autor des Beitrages den Sie [hier](#) herunterladen können.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

## **Datenschutzrecht – Kammern gegen staatliche Kontrolle**

Rechtsanwälte werden zunehmend mit Versuchen staatlicher Datenschutzbehörden konfrontiert, durch Auskunftsverlangen und Kanzleidurchsuchungen vertrauliche, vom Mandatsgeheimnis geschützte Informationen zu erlangen. Diesen unrechtmäßigen Angriffen stellte sich die

109. Hauptversammlung der BRAK entgegen. Den Inhalt der HV-Beschlüsse entnehmen Sie bitte dem [Schreiben des Präsidenten der BRAK an den Bundesdatenschutzbeauftragten und an die Datenschutzbeauftragten der Länder v. 27.09.2006](#).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz**

Der Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Aufwendung für die Prozesskostenhilfe -Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz – PKH-BegrenzG ([BT-Drs. 16/1994](#)) hat zum Ziel, den Gerichten wirksamere Mittel gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von PKH an die Hand zu geben. Dies begrüßt die BRAK ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 27/2006](#)). Einzelne der geplanten Maßnahmen beurteilt die BRAK jedoch kritisch. So erscheint es u.a. fraglich, ob die vom Gesetz vorgesehenen Änderungen tatsächlich die erhofften Einsparungen bewirken können.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **GmbH-Reform (MoMiG)**

In der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 29/2006](#) zum [Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen \(MoMiG\)](#) begrüßt die BRAK grundsätzlich den Entwurf, da er eine Vielzahl kritisierter Punkte bereinigt. Der Reduzierung des Mindeststammkapitals wird zugestimmt, da dies die Gründung der GmbH erleichtert und für eine nachhaltige Unternehmensfinanzierung weder 25.000 € noch 10.000 € ausreichen. Der zeitliche Ablauf der Gründung könnte nach Auffassung der BRAK noch beschleunigt werden. Die BRAK spricht sich für ein formalisiertes Bargründungsverfahren als Regelfall aus. Kritik übte die BRAK u.a. an der vorgeschlagene Änderung in § 40 Satz 2, 3 GmbH-E und § 64 Abs. 2 Satz 3 GmbHG-E.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **Muster für USt-Erklärung 2006 und USt-Anmeldung 2007**

Das Bundesfinanzministerium hat mit [BMF-Schreiben v. 21.09.2006 \(IV A 6 – S 7344 – 31/06\)](#) die [Vordruckmuster für die Abgabe der Umsatzsteuererklärung](#)

2006 eingeführt.

Mit [BMF-Schreiben v. 22.09.2006 \(IV A 6 – S 7344 – 32/06\)](#) hat es die [Vordruckmuster für die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung 2007 und den Antrag auf Dauerfristverlängerung/Anmeldung der Sondervorauszahlung 2007](#) bekannt gegeben.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **Anwaltsdichte**

Die jetzt vorgelegte [Statistik Anwaltsdichte zum 01.01.2005](#) zeigt auf, dass die Anwaltsdichte im Vergleich zum 01.01.2004 um 4,7 % zugenommen hat. Dabei liegt der prozentuale Zuwachs aufgrund des Rückgangs der Einwohnerzahlen (von 2003 auf 2004 um 31.000) höher als der Zuwachs an Rechtsanwälten insgesamt. Lesen Sie hierzu die [BRAK-Presseerklärung v. 19.10.2006](#).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **Merksätze zur Umsatzsteuererhöhung**

Zum 01.01.2007 wird der allgemeine Umsatzsteuersatz von 16 % auf 19 % erhöht. Der Vorsitzende des Ausschusses Steuerrecht der BRAK hat [Merksätze zur Umsatzsteuererhöhung](#) erarbeitet. Diese bieten eine Hilfestellung für Rechtsanwälte beim Abrechnungsverhalten im Zuge der Gesetzesänderung. Lesen Sie auch das [BMF-Schreiben vom 11.08.2006 \(IV A 5 – S 7210 – 23/06\)](#), das Antworten auf Zweifelsfragen bei der Umstellung geben und vereinfachte Übergangsregelungen treffen soll.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **RDG- Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 13.10.2006 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts ([BR-Drs. 623/06](#)) Stellung genommen ([BR-Drs. 623/06 \(Beschluss\)](#)). Ein gegenüber den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse ([BR-Drs. 623/1/06](#)) weitergehender Antrag Bayerns ([BR-Drs. 623/2/06](#)) fand keine Mehrheit. In der Stellungnahme des Bundesrates sind u.a. folgende Änderungen vorgesehen: In § 2 Abs. 1 soll das Wort „besondere“ gestrichen werden. In § 5 Abs. 1 Satz 1 sollen die Wörter „untergeordneter“ und

„notwendig sind“ eingefügt werden. In § 5 Abs. 3 sollen die Wörter „oder unter Hinzuziehung“ gestrichen werden. In § 59a Abs. 4 BRAO sollen die Sätze 1 und 6 gestrichen werden. In § 9 Abs. 1 Satz 1 soll die Untersagung unqualifizierter Rechtsberatung erleichtert werden. Das Rechtsdienstleistungsregister (§ 16 Abs. 3 Satz 1) soll nicht von den Ländern, sondern vom Bundesamt für Justiz zentral und elektronisch geführt werden. Schließlich soll wieder ein Bußgeldtatbestand eingeführt werden (neuer § 20 RDG). Im [Bundesratsplenarprotokoll](#) finden Sie auch die Erklärung der Bundesjustizministerin zu den Ausschussempfehlungen (S. 326).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **Rundfunkgebühren für internetfähige PC**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in ihrem Antrag ([BT-Drs. 16/2793](#)), dass der Bundestag die von den Ländern geplante Rundfunkgebühr für internetfähige Computer und Mobiltelefone ablehnen soll. Ferner soll die Übergangsregelung in § 11 des [Rundfunkgebührenstaatsvertrages \(RGebStV\)](#), durch die internetfähige PCs bis zum 31.12.2006 von der Rundfunkgebührenpflicht ausgenommen sind, bis Ende 2008 verlängert werden. Zudem soll eine unbürokratische, zeitgemäße und gerechte Lösung für die Rundfunkgebühren geschaffen werden. Mit ihrem Antrag unterstützt die BT-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Beschluss der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, mit der sie einen [Antrag der Landtagsfraktion CDU/SPD \(16/980\)](#) als interfraktionellen Antrag angenommen hatte. Die zuvor in den Anträgen der Landtagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP aufgeworfenen Fragen ([Drs. 16/934 \(neu\)](#), [Drs. 16/969](#)) sollen nach dem Landtagsbeschluss im Innen- und Rechtsausschuss unter Einbeziehung der GEZ und anderer Betroffener beraten werden.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

---

### **Reform des Versicherungsvertragesrechts**

Das Bundeskabinett hat am 11.10.2006 einen [Gesetzentwurf zur Reform des Versicherungsvertragesrechts](#) beschlossen. Der Regierungsentwurf soll u.a. den Verbraucherschutz stärken und einen gerechteren Interessenausgleich ermöglichen. Letzteres soll durch die Einführung eines allgemeinen Widerrufsrechts erreicht werden, nach dem künftig nicht nur Verbraucher, sondern auch Freiberufler innerhalb von zwei Wochen unabhängig vom Vertriebsweg und ohne Angabe von Gründen Versicherungsverträge widerrufen können. Lesen Sie hierzu auch die [BMJ-Pressemitteilung v. 11.10.2006](#).



## Jahressteuergesetz 2007

Der Bundesrat hat in seiner 826. Sitzung am 13.10.2006 zum Regierungsentwurf eines Jahressteuergesetz 2007 – JStG 2007 ([BT-Drs. 16/2712/BR-Drs. 622/06](#)) aufgrund der Empfehlungen der BR-Ausschüsse ([BR-Drs. 622/1/06](#)) eine Stellungnahme des Bundesrates ([BR-Drs. 622/06 \(Beschluss\)](#)) beschlossen. Am 16.10.2006 fand eine Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages zu dem Entwurf statt. Die Stellungnahmen der Sachverständigen finden Sie [hier](#).



## Ausbildungsplatzabgabe

Die Fraktion Die Linke hat den Entwurf eines Achtundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes ([BT-Drs. 16/2540](#)) in den Bundestag eingebracht. Sie schlägt vor, eine Ausbildungsplatzabgabe einzuführen. Einen Gegenpol zu dem Antrag stellt die [Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales v. 11.10.2006](#) und der Partner des Ausbildungspaktes dar. Danach seien in Industrie und Handel sowie im Handwerk mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Unter dem Motto „Ausbildung geht vor Übernahme“ rief der Bundesverband der Freien Berufe in der [BFB- Pressemitteilung v. 16.10.2006](#) gemeinsam mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung zu einer höheren Ausbildungsbereitschaft der Freiberufler auf.



<b>Impressum</b>	Sollten Sie den Newsletter abbestellen wollen, klicken Sie bitte <a href="#">hier</a> und senden Sie uns eine kurze E-Mail mit dem Betreff: "Abbestellung".
<a href="#">Rechtsanwaltskammer München</a> , Tal 33, 80331 München, Tel: 089/53 29 44-0, Fax: 089/53 29 44-28, E-Mail: <a href="mailto:newsletter@rak-muenchen.de">newsletter@rak-muenchen.de</a>	
Redaktion und Bearbeitung: RAin Brigitte Doppler, RA Alexander Siegmund	